

Perspektiven der räumlichen Bevölkerungsdynamik im Binnenmarkt

Herwig Birg

Die verschiedenen Regionen und Länder der Welt durchlaufen mit mehr oder weniger strenger Regelmäßigkeit den gleichen historisch vorgezeichneten demographischen Phasenprozeß: Das Sinken der Sterberate eilt dem Sinken der Geburtenrate voraus, so daß es zunächst zu einem starken Anstieg der Wachstumsrate der Bevölkerung kommt. Die westeuropäischen Industrieländer befanden sich im 19. Jahrhundert in dieser Phase; die meisten Entwicklungsländer folgten bzw. folgen ihnen zur Zeit in einem Abstand von 50 bis 120 Jahren. Heute hat die Geburtenrate in vielen Industrieländern das niedrige Niveau der ihr vorausgeeilten Sterberate bereits eingeholt, in einigen Ländern sogar unterschritten. In diesen Ländern ist das Bevölkerungswachstum in eine Stagnation übergegangen. Aufgrund der Trägheit demographischer Prozesse läßt sich die nächste Phase des Prozesses vorausberechnen: In den entwickelten Ländern reicht die Geburtenrate nicht mehr aus, um die Sterberate auszugleichen, so daß die Bevölkerungszahl sinkt, wenn das Geburtendefizit nicht durch permanente Einwanderungen ausgeglichen wird.

Nach den übereinstimmenden Bevölkerungsvorausschätzungen der Demographen werden die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft in den nächsten 10 bis 20 Jahren in den Prozeß der Bevölkerungsschrumpfung übergehen, der mit einer zunehmenden Überalterung gekoppelt ist. In diesem Prozeß liegt die Bundesrepublik Deutschland an erster Stelle. Sie hat gemeinsam mit Italien die niedrigste Geburtenrate nicht nur in der EG, sondern weltweit. In der Bundesrepublik sinkt die Bevölkerungszahl schon seit 1974, unterbrochen von einem durch starke Zuwanderungen bedingten Anstieg in den Jahren 1979 - 83 sowie durch den gegenwärtigen Zuzug von Übersiedlern, Aussiedlern und Asylsuchenden in der Größenordnung von einer Dreiviertelmillion pro Jahr. Durch den Zuzug aus dem Ausland und aus der DDR läßt sich der Bevölkerungsrückgang jedoch nicht auf Dauer vermeiden. Selbst unter der Annahme, daß die gesamte deutschstämmige Bevölkerung in Südosteuropa und in der UdSSR (insgesamt schätzungsweise 3,5 Millionen) in die Bundesrepublik zieht, würde

die Bevölkerungszahl im Zeitraum von 2010 - 2040 um 10 bis 15 Millionen abnehmen. Selbst unter dieser extremen Annahme wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 - 60 Jahre) in der Bundesrepublik bereits ab Mitte der 90er Jahr kontinuierlich sinken.

Das Gesamtgebiet der 12 Mitgliedstaaten der EG ist auf dreifache Weise in Regionen gegliedert. Die 64 "Regionen der Europäischen Gemeinschaft" bilden die größte regionale Gliederung (= Regionen der Ebene I). Die für regionale Analysen des Gemeinschaftsgebiets am häufigsten verwendete Gliederung ist die in 167 "Hauptverwaltungseinheiten" (= Regionen der Ebene II), denen in der Bundesrepublik die 31 Regierungsbezirke entsprechen. Die Ebene III besteht aus 824 Regionen (im Fall der Bundesrepublik die 328 kreisfreien Städte und Landkreise).

Je feiner die regionale Gliederung gewählt wird, desto deutlicher zeigt sich, daß die Bevölkerungsentwicklung einer Region in stärkerem Maße von den Wanderungen abhängt (Zuzüge in die Region und Fortzüge aus der Region) als von den Komponenten der natürlichen Bevölkerungsveränderungen (Geburtenzahl und Sterbefälle). Wählt man als Gliederung die 824 Regionen der Ebene III, so zeigt sich, daß in einer durchschnittlichen Region die Zahl der jährlichen Zuzüge die der Geburten um ein Mehrfaches übersteigt. Analog dazu beträgt die Zahl der Fortzüge aus einer Region ein Mehrfaches der jährlichen Zahl der Sterbefälle. Im Falle der Bundesrepublik überstieg die jährliche Zahl der Zugezogenen aus dem Ausland in den Zeiten hohen Wirtschaftswachstums Ende der 60er Jahre nicht nur auf regionaler Ebene, sondern sogar auf nationaler Ebene die Zahl der Geburten (Zugezogene aus dem Ausland in die BRD 1970 = 1,077 Millionen, Geburtenzahl der BRD = 811.000).

Die Dominanz der Wanderungen über die Geburten und Sterbefälle ist um so größer, je höher der Entwicklungsstand der Regionen ist. Die Wanderungen bilden das Bindeglied zwischen der demographischen und der ökonomischen Entwicklung, und deshalb sind demo-ökonomische Prozesse nur künstlich in eine Wirtschaftsentwicklung und in eine Bevölkerungsentwicklung zu trennen.

Die Bedeutung der regionalen Dimension bei demo-ökonomischen Prozessen ist aber nicht nur eine Folge des Gewichts der Wanderungen im Vergleich zu den natürlichen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung, sondern es kommt folgender wichtiger Gesichtspunkt hinzu: Das generative Verhalten der Bevölkerung - das ist die Gesamtheit der Einstellungen, kulturellen Normen und Verhaltensweisen, von der die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau abhängt - unterscheidet sich regional außerordentlich stark: Die Kinderzahl pro Frau ist in den prosperierenden Stadtregionen der Bundesrepublik nur etwa halb so groß wie in den peripher gelegenen ländlichen Regionen mit ungünstigen Arbeitsmarktbedingungen und Verdienstmöglichkeiten.

Die räumliche Mobilität - die Größe der Wanderungsströme über die Grenzen der 12 EG-Staaten bzw. über die Grenzen der 167 Regionen innerhalb der EG - hat sich parallel zu Abnahme der ökonomischen Wachstumsraten seit Ende der 60er Jahre stark verringert. Die Wanderungsraten (Zahl der in eine Region Zugewogenen im Verhältnis zur Regionsbevölkerung) sind in der EG seit den 60er Jahren um die Hälfte gesunken. Hierfür ist neben dem von den Ölpreis-Krisen ausgelösten Rückgang der ökonomischen Wachstumsraten folgender demographische Faktor verantwortlich: Der Baby-Boom der 60er Jahre führt heute in allen Ländern der EG zu einem starken demographischen Druck auf den Arbeitsmärkten. Die Ländergrenzen überschreitenden Wanderungen, die in den 60er Jahren zum Ausgleich der nationalen Arbeitsmärkte (vor allem in der Bundesrepublik) benötigt wurden, sind unter den heutigen Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit auf unbedeutende Größenordnungen gesunken.

Der Baby-Boom und die auf ihn folgende Baby-Baisse ist zwar in allen EG-Ländern und Regionen zu beobachten, aber der Prozeß des Geburtenrückgangs trat in den prosperierenden Stadtregionen früher ein als in den ländlichen Gebieten. Die zeitliche Verzögerung des Geburtenrückgangs zwischen den Regionen zieht 15 - 20 Jahre später eine Verzögerung des Rückgangs der Erwerbspersonenzahl nach sich. Während aber die demographische Entwicklung in den ländlichen Gebieten mit ehemals hoher Geburtenrate noch bis in das erste und zweite Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts zu demographisch bedingten Arbeitskräftezuwächsen führen wird, kommt es in den Stadtregionen schon ab Mitte der 90er Jahre zu einem spürbaren Rückgang des Arbeitskräftepotentials. Diese "regionaldemographische Phasenverschiebung" zwischen den Regionen der EG läßt erwarten, daß die räumliche Mobilität wieder zunimmt.

Im Falle der Bundesrepublik wird dieser Prozeß allerdings durch die Zuzüge aus der DDR und durch die Aussiedlerströme so stark überlagert, daß er erst nach dem zu erwartenden Rückgang der Übersiedler- und Aussiedlerzahlen das interregionale Wanderungsgeschehen stärker prägen wird.

Sollte es zu einem Wachstumsschub in der Bundesrepublik und in der EG insgesamt kommen, der unter Umständen durch ein zweites "Wirtschaftswunder" in der dann ehemaligen DDR ausgelöst werden könnte, so würde die räumliche Mobilität parallel zum Konjunktur- und Wachstumstrend wieder stark steigen, mit der Folge, daß die Wanderungsströme zwischen den Regionen der EG sich so ändern, daß die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik noch bis in das erste Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts leicht zunimmt, bevor sich der Grundtrend der Bevölkerungsschrumpfung wieder fortsetzt.

Langfristig ist ein Bevölkerungsrückgang in Gesamtdeutschland ebensowenig zu vermeiden wie in der EG insgesamt, wenn es beim gegenwärtigen generativen Verhalten bleibt, es sei denn, daß die Geburtendefizite durch Einwanderungen, z.B. aus der Türkei und aus Nordafrika, ausgeglichen werden.

Aussagen über die Zukunft der räumlichen Bevölkerungsentwicklung in der EG sind nur in der Wenn-Dann-Form möglich, weil die demographischen Prozesse in erster Linie von ökonomischen und politischen Bedingungen abhängen, die heute weniger denn je voraussehbar sind. Dennoch sind folgende Trends unverkennbar:

- (1) Das demographische Gewicht in der EG verschiebt sich zugunsten Frankreichs, Englands und der südlichen EG-Regionen, die in der Vergangenheit (und im Falle Frankreichs auch heute noch) eine deutlich höhere Geburtenrate hatten als die Bundesrepublik.
- (2) Die Geburtenrate der DDR ist höher als die der BRD, reicht aber nicht aus, um die Sterbefälle langfristig auszugleichen, so daß die Bevölkerungszahl auch im wiedervereinigten Deutschland sinken muß, wenn sich das generative Verhalten nicht in starkem Maße ändert. Ein Ausgleich des Geburtendefizits durch Einwanderungen aus der übrigen EG ist für die nächsten zwei Jahrzehnte quantitativ möglich, danach haben aber auch die übrigen EG-Länder mit Geburtendefiziten zu rechnen.

- (3) Wanderungen führen zwar zu einem kurzfristigen Ausgleich von regionalen Arbeitsmarktungleichgewichten, aber da der Anteil der höher Qualifizierten an den Wanderungen überdurchschnittlich groß ist, sind die Zuwanderungsgebiete langfristig begünstigt, weil sich dort Humankapital akkumuliert, das für die langfristige ökonomische Entwicklung der Regionen entscheidend ist. Die ökonomisch prosperierenden Zentren leben sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht demographisch von der Substanz der Abwanderungsgebiete.
- (4) Die ökonomischen Disparitäten zwischen den Regionen der EG haben sich in den letzten 20 Jahren zunächst verringert, dann aber wieder leicht erhöht. Das Verhältnis des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts der 10 schwächsten Regionen zu den 10 stärksten ist 1:3 und damit doppelt so hoch wie zwischen den Bundesstaaten der USA (1:1,5). Diese Disparitäten werden durch die Wanderungen, die zum Teil ein Ergebnis der regionalen Unterschiede des generativen Verhaltens sind, nicht ausgeglichen, sondern tendenziell verstärkt.
- (5) Die demographische und ökonomische Vielfalt der EG-Regionen hat regional unterschiedliche Konsequenzen für die Wirtschaft, für die öffentlichen Einrichtungen und die Infrastruktur. Überfüllungstendenzen und Entleerungsphänomene treten in verschiedenen Gebieten gleichzeitig auf, so daß der Bedarf an planerischer Bewältigung wächst.